

Anzeiger für Harlingerland

Ostfriesisches  Tageblatt Gegründet 1862

FREITAG, 11. FEBRUAR 2011

WWW.HARLINGER.DE

Korter: Aussolung stoppen

Landtagsgrüne:
Schäden müssen
ausgeschlossen sein.

FRIEDEBURG/HANNOVER – Die Landesregierung soll sich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln dafür einsetzen, dass die Aussolung weiterer Kavernen in Etzel gestoppt wird. Das fordert die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen laut eigener Pressemitteilung mit einem jetzt in den Landtag eingebrachten Entschließungsantrag. Zuerst müsse von unabhängiger Stelle nachgewiesen sein, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen von Natur und Umwelt zu befürchten seien und dass Nachteile oder Schäden durch den Betreiber vollständig ausgeglichen würden.

„Es darf nicht sein, dass Bodenabsenkungen von 1,50 Meter mit erheblichen Auswirkungen auf private und öffentliche Einrichtungen sowie Natur und Landschaft zu erwarten sind, und die Anwohner sollen die Nachteile in Kauf nehmen, die Steuerzahler die Zeche bezahlen, während die Energiekonzerne die Gewinne machen“, sagt die regional zuständige Landtagsabgeordnete Ina Korter aus Nordenham. Die Grünen verlangen außerdem eine Reform des Bergrechts mit mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung. „Bergrecht darf nicht weiter dazu missbraucht werden, die Interessen der Energiekonzerne gegen die Bevölkerung durchzusetzen“, so Korter.



Nordwest-Zeitung vom, 12.02.2011

Grüne wollen Aussolung der Kaverne stoppen

GAS-UND ÖLSPEICHER Antrag im Landtag gestellt: Schäden müssen ausgeschlossen sein

ETZEL/LR – Die Landesregierung soll sich mit allen rechtlichen und politischen Mitteln dafür einsetzen, dass die Aussolung weiterer Kavernen in Etzel gestoppt wird. Das fordert die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen mit einem jetzt in den Landtag eingebrachten Entschließungsantrag.

Zuerst müsse von unabhängiger Stelle nachgewiesen sein, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen von Na-

tur und Umwelt zu befürchten seien und dass entstehende Nachteile oder Schäden durch den Betreiber vollständig ausgeglichen würden.

„Es darf nicht sein, dass Bodenabsenkungen von 1,50 Meter mit erheblichen Auswirkungen auf private und öffentliche Einrichtungen sowie Natur und Landschaft zu erwarten sind, und die Anwohner sollen die Nachteile in Kauf nehmen, die Steuerzahler die Zeche bezahlen, wäh-

rend die Energiekonzerne die Gewinne machen“, fordert die regional zuständige Landtagsabgeordnete Ina Korter aus Nordenham.

Die Grünen verlangen eine Reform des Bergrechts mit mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung. Wenn Kavernen ausgesolt und energiepolitisch genutzt werden sollen, müssen Genehmigungsverfahren transparent sein, müssten erhebliche Schäden für Mensch und Umwelt aus-

geschlossen und Nachteile ausgeglichen werden. Im Zweifelsfall müsse auch auf Maßnahmen verzichtet werden. „Bergrecht darf nicht weiter dazu missbraucht werden, die Interessen der Energiekonzerne gegen die Bürger durchzusetzen. Es kann nicht hingenommen werden, dass sogar Atomendlager wie Gorleben und Asse über das Bergrecht ohne Beteiligung der Öffentlichkeit genehmigt werden“, so Korter.